

POLICY ADVICE AND POLITICAL CONSULTING

Herausgeber/innen: Prof. Dr. Andrea Römmele, Hertie School of Governance, Berlin (Geschäftsführende Herausgeberin), E-Mail: roemmele@hertie-school.org | Dr. Svenja Falk, Accenture Research, Bangalore, India, E-Mail: svenja.falk@accenture.com | PD Dr. Martin Thunert, Center for American Studies, Universität Heidelberg, E-Mail: mthunert@hca.uni-heidelberg.de

Beirat: Prof. Dr. h.c. Roland Berger, Roland Berger Strategy Consultants | Vito Cecere, Auswärtiges Amt | Prof. Dr. Jan W. van Deth, Universität Mannheim | Prof. Dr. Jobst Fiedler, Hertie School of Governance | Prof. Dr. Dietmar Fink, Hochschule Bonn-Rhein-Sieg | Prof. Dr. Justus Haucap, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf | Dr. Christian Humborg, Transparency International Deutschland e.V. | Nikolaus Huss, Politik Kommunikation | Prof. Dr. Dr. Karl-Rudolf Korte, Universität Duisburg-Essen | Prof. Dr. Sabine Kropp, Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer | Prof. Dr. Martin Lendi, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich | Prof. Dr. Miriam Meckel, Universität St. Gallen | Prof. Dr. Ferdinand Müller-Rommel, Leuphana Universität Lüneburg | Dr. Leonard Novy, Stiftung Neue Verantwortung | Cem Özdemir, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | Anke Plättner, Westdeutscher Rundfunk | Peter Radunski, MSL Group | PD Dr. Dieter Rehfeld, FH Gelsenkirchen | Prof. Volker Riegger, logos Holding AG | Prof. Dr. Stefan A. Schirm, Ruhr-Universität Bochum | Dr. Rolf Steltemeier, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung | Cornelius Winter, Ketchum Pleon Deutschland

Redaktion: Henrik Schober, M.A. (Chefredakteur) | Johannes Staemmler, MPP | Andreas Hoffelder, Dipl. Sozwiss. | Stefan Collet, Dipl. Pol.
Kontakt: Zeitschrift für Politikberatung (ZPB), c/o Henrik Schober, M.A., Hertie School of Governance, Quartier 110, Friedrichstraße 180, 10117 Berlin, Telefon: +49 - 30 / 25 92 19 338, E-Mail: schober@hertie-school.org

Trends im Wahlverhalten in Österreich 2009/2010

Peter Filzmaier, Flooh Perlot und Maria Beyrl

Kernaussagen

2009 und 2010 fanden in Österreich nicht weniger als neun Wahlen auf Bundes- und Landesebene statt. Diese Wahljahre mit teilweise dramatischen Veränderungen im Stimmverhalten und bei den Wahlmotiven bieten sich daher an, über grundlegende Trends im politischen Wettbewerb und der Kampagnenführung jenseits der Eigenheiten der einzelnen Wahlgänge zu reflektieren. Den einheitlichen Rahmen dafür bildet die seit Anfang 2009 amtierende große Koalition aus SPÖ und ÖVP in der Bundesregierung. Thematisch dominierten als Framework vor allem die Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise sowie der Bereich Migration und Integration – letzteres spielt vor allem in Verbindung mit dem Wiedererstarken, regionalen Regierungseinzügen und bundesweiten Umfragehochs der rechtspopulistischen FPÖ (in Kärnten des BZÖ) eine zentrale Rolle in den Wahlauseinandersetzungen.

In Österreich werden auf Bundesebene der Nationalrat und auf Länderebene die neun Landtage im Abstand von im Regelfall fünf sowie in einem Bundesland (Oberösterreich) sechs

Jahren neu gewählt. Aufgrund dieser unterschiedlichen Legislaturperioden, die vor einer Wahlrechtsreform 2007 noch zwischen vier und sechs Jahren schwankten, und der – sowohl verfassungsrechtlich möglichen als auch real vorkommenden – vorzeitigen Auflösung von Volksvertretungen, finden die Wahlen versetzt statt. Das heißt, es kann Phasen mit vielen Wahlen geben, auf die wiederum längere Perioden ohne Wahlen folgen.

2009 und 2010 waren zwei Jahre hoher Wahlintensität. Insgesamt neun Entscheidungen standen an, neben der Bundespräsidentenwahl und der Wahl zum Europäischen Parlament wurden sieben Landtage – in Kärnten, Salzburg, Vorarlberg, Oberösterreich, Burgenland, Steiermark und Wien – neu besetzt. Gleichzeitig stellten die genannten Wahlkämpfe die letzten Kampagnen vor einer zweijährigen Pause dar, da erst 2013 planmäßig die nächsten Wahlen abseits der lokalen Ebene vorgesehen sind.

Für einen Vergleich eignen sich insbesondere die Landtagswahlen. Sie finden einerseits in einem begrenzten geographischen Raum mit eigener politischer Führung statt, was sie zu einzigartigen Wahlgängen macht, die von regionalen Gegebenheiten, Stärkeverhältnissen und den Entwicklungen vor Ort abhängen. Andererseits traten praktisch alle im österrei-

chischen Nationalrat vertretenen Parteien auch in den Ländern an, womit – trotz formaler Unabhängigkeit der Landesparteien – die Akteure teilweise dieselben waren. Schließlich bildet die Bundespolitik einen einheitlichen Hintergrund, ebenso wie bestimmte Themenschwerpunkte quer zur Regionalpolitik wirken. 2009 und 2010 waren das vor allem die Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise sowie Migration und Integration als wiederholt angesprochene Herausforderungen für die Politik.

Diese Verschränkung regionaler Isolierung und bundesweiter Einheitlichkeit erlaubt eine Gegenüberstellung von grundsätzlichen Mustern im Wahlverhalten und die Ableitung von allgemeinen Trends. Zu allen genannten Wahlen wurden zudem Wahltagsbefragungen vom Institut für Strategieanalysen (ISA) und dem Institute for Social Research and Consulting (Sora) im Auftrag des Österreichischen Rundfunks (ORF) durchgeführt, was zu einer einheitlichen Methodik und somit fundierten Datenbasis führt. Die Befragungen wurden jeweils beginnend mit dem Donnerstag vor der Wahl bis inklusive des Wahlsonntags durchgeführt. Es handelte sich durchgehend um telefonische Befragungen mit der Fallzahl von n=1.000, in Wien betrug diese n=2.000. Die Daten wurden nach dem vorläufigen Wahlergebnis am Wahlsonntag (Wahlergebnis ohne alle Briefwahlstimmen) gewichtet.

Der folgende Artikel versucht grundsätzliche Tendenzen im Wahlverhalten in Österreich darzustellen. Die zentrale Fragestellung ist, inwieweit sich die Wählerschaft der Parteien anhand ausgewählter Aspekte quer zu den unterschiedlichen Anlässen beschreiben lässt. Dabei baut die Untersuchung auf Punkte wie etwa den Überhang an männlicher Unterstützung für so genannte rechtspopulistische Parteien auf, der sich international in mehreren Ländern finden lässt (vgl. dazu Gidengil/Hennigar, 2005), sowie auf Trends wie die Abnahme bzw. Umgestaltung von Parteiidentifikationen im Sinne eines *dealignment* (vgl. Dalton, 2000). Derartige Entwicklungen respektive Muster innerhalb der Wählerschaft von Parteien haben in weiterer Folge Auswirkungen auf die Art und Weise, wie Parteien in Wahlkämpfen agieren können und müssen. Die Auflösung einer Parteienidentifikation beispielsweise zwingt wahlwerbende Gruppen zu einer Änderung ihrer Mobilisierungsarbeit (Dalton, 2000, S. 36), eine Geschlechterkluft kann auf die inhaltliche Ausrichtung zurückwirken.

In Teil eins geht es um die Ergebnisse der Wahlen, anschließend um den Zeitpunkt der Wahlentscheidung und soziodemographische Aspekte der Wählerschaft. Weitere Punkte sind Wahlmotive und wichtige Themen, eine mögliche Personalisierung des Wahlverhaltens und die Wahlbeteiligung bzw. Wählermobilisierung. Im Fazit werden thesenhaft einige Rückschlüsse aus den Trends für politische Akteure gezogen.

1. Die Landtagswahlen 2009 und 2010 in Österreich

Der politische Rahmen der Landtagswahlen 2009 und 2010 war eine große Koalition auf Bundesebene zwischen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) und der Österreichischen Volkspartei (ÖVP). Diese war nach der National-

ratswahl 2008 – die durch das Scheitern der vorangegangenen Koalition derselben Parteien frühzeitig notwendig geworden war – mangels alternativer Mehrheiten gebildet worden. Für die Landesparteiorganisationen von SPÖ und ÖVP bedeutete dies, dass sie keinen automatischen bzw. logischen Gegner in Form einer Regierungspartei auf Bundesebene hatten. Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und die Grünen hingegen verfügten, als bundespolitische Opposition, über ein einheitliches Ziel ihrer Kritik.

Diese Ausgangsbasis unterschied sich wesentlich vom Kontext der jeweils vorausgegangenen Landtagswahlen der Jahre 2003 bis 2005. Damals regierte im Bund eine Koalition aus ÖVP und FPÖ bzw. ab 2005 dem Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ), die SPÖ befand sich in Opposition. Gleichzeitig war die FPÖ durch parteiinterne Konflikte und schließlich die Abspaltung des BZÖ in einer tiefen Krise, die sich in großen Stimmenverlusten bei Wahlen ausdrückte.

2009 und 2010 profitierte eben die FPÖ von den zuvor erlittenen Niederlagen, da sie durchwegs von einem niedrigen Niveau aus startete und prozentuell bei jeder Wahl zulegen konnte. Die SPÖ büßte hingegen ebenfalls durchgehend Stimmenanteile ein, ÖVP und Grüne erzielten teils Gewinne und teils Verluste (siehe Abb. 1).

Abbildung 1: Wahlergebnisse 2009 und 2010

	SPÖ	ÖVP	FPÖ*	Grüne
Kärnten 2009	28,74	16,83	44,89	5,15
2004**	-9,66	5,23	2,49	-1,55
Salzburg 2009	39,4	36,5	13	7,4
2004	-6	-1,4	4,3	-0,6
Vorarlberg 2009	10	50,8	25,1	10,6
2004	-6,9	-4,1	12,2	0,4
Oberösterreich 2009	24,9	46,8	15,3	9,2
2003	-13,4	3,4	6,9	0,1
Burgenland 2010	48,3	34,6	9	4,2
2005	-3,93	-1,74	3,3	-1
Steiermark 2010	38,3	37,2	10,7	5,6
2005	-3,37	-1,46	6,14	0,87
Wien 2010	44,3	13,99	25,8	12,6
2005	-4,8	-4,81	11	-2

*In Kärnten BZÖ: Dort kandidierte 2009 zwar auch die FPÖ, die amtierende Landeshauptmannpartei war de facto jedoch zur Gänze im BZÖ aufgegangen.
 **Jahr der vorangegangenen Landtagswahl, Veränderung in Prozentpunkten gegenüber dem aktuellen Ergebnis.
 Quelle: Statistikabteilungen der jeweiligen Bundesländer.

Trotz teils großer Stimmenverschiebungen waren die politischen Auswirkungen vergleichsweise gering. In allen Bundesländern konnten die AmtsinhaberInnen ihre Positionen verteidigen und blieben Landeshauptmann bzw. in Salzburg Landeshauptfrau. An den Regierungskooperationen änderte sich größtenteils wenig, wobei das teils (so in Kärnten, Oberöster-

reich, dem Burgenland und der Steiermark) mit dem Proporzsystem – jede Partei im Landtag bekommt ab einem bestimmten Anteil an Stimmen automatisch Sitze in der Landesregierung zugesprochen, welche dann mehrstimmig entscheidet – zusammenhängt.

2. Zeitpunkt der Wahlentscheidung

Ein Trend der vergangenen Jahre bis Jahrzehnte in Österreich ist die konstante Abnahme von StammwählerInnen (Plasser/Ullram/Seeber, 2007, S. 169). Die Konsequenz daraus ist ein volatilerer Stimmenmarkt und eine höhere Zahl an WechselwählerInnen. Die Gruppe jener Menschen, die für politische Listen und Parteien in Wahlkämpfen gewinnen und verlieren sind, ist größer geworden. Ein Indikator dafür ist der Zeitpunkt, zu dem sich Personen in ihrer Wahlentscheidung festlegen. Die Wahlen 2009/10 bestätigten diesen langfristigen Trend, wonach die endgültige Wahlentscheidung in Österreich – wie auch in anderen Ländern – immer später getroffen wird (vgl. ebd., S. 113; Plasser/Seeber, 2007, S. 264).

Noch in den 90er Jahren lag der Wert jener Menschen, die sich schon länger für ihre Partei entschieden hatten (*early deciders*), zwischen 80 und 86 Prozent. Bei der Nationalratswahl 2008 gab es aber nur mehr rund 60 Prozent *early deciders* (ISA/SORA, 2008). Umgekehrt kamen knapp 40 Prozent erst in den letzten Wochen (*late deciders*) und Tagen – im Extremfall erst in der Wahlzelle (*last minute deciders* bzw. *latest deciders*) – zu einer Entscheidung.

Relativierend muss man anfügen, dass Unentschlossenheit nicht gleichbedeutend mit völliger Präferenzfreiheit ist. Auch noch nicht festgelegte WählerInnen haben eine Nähe zu einer oder mehrerer Parteien, gleichzeitig sind andere Gruppierungen für sie generell nicht wählbar bzw. sie schwanken überhaupt zwischen Wahlteilnahme und Wahlverweigerung. Wenn ein Drittel der Wahlberechtigten sich erst spät festlegt heißt das daher nicht, dass eine einzelne kandidierende Gruppierung alle diese Stimmen für sich gewinnen kann.

Aus Sicht einer wahlwerbenden Gruppe ist die lang- oder kurzfristige Festlegung der WählerInnen ein wesentliches Element der eigenen Planung, wobei sich alte bzw. etablierte Parteien mit anderen Konsequenzen konfrontiert sehen als neue Kräfte bzw. jene Gruppierungen mit einer vergleichsweise instabilen und wechselbereiten Basis. Letzteren kann ein offener Wählermarkt mehr dienen, da sie damit Zeit gewinnen, sich selbst zu positionieren und potentielle WählerInnen zu überzeugen. Treffen sie aber auf ein bereits größtenteils aufgeteiltes Elektorat, so steigt der Aufwand dieser Überzeugungsarbeit deutlich an. Gleichzeitig sind sie in ihren Handlungen freier, da sie weniger auf bereits gewonnene UnterstützerInnen und deren mögliche Präferenzen Rücksicht nehmen müssen.

Parteien mit bereits gefestigten WählerInnen müssen hingegen danach trachten, diese erstens durch den Wahlkampf zu mobilisieren und zweitens nicht durch ihre Botschaften und Aktionen zu verlieren. Das kann eine inhaltliche Fokussierung auf entsprechende Botschaften zur Folge haben, wiederum mit

der Konsequenz, dass eine Erweiterung der eigenen Wählerschaft schwieriger wird. Verschiebt sich nun grundlegend die Verteilung zwischen *early* und *late deciders* in einer Gesellschaft, dann bedroht das deren Potential stärker und sie stehen früher oder später vor der Entscheidung einer Neuausrichtung bzw. Öffnung gegenüber möglichen neuen UnterstützerInnen.

Abbildung 2: Zeitpunkt der Wahlentscheidung					
	Gesamt	SPÖ	ÖVP	FPÖ*	Grüne**
...in den letzten Tagen					
Kärnten	7	6	10	4	15
Salzburg	6	5	3	12	10
Vorarlberg	11	17	7	11	20
Oberösterreich	7	5	5	12	13
Burgenland	4	3	3	7	-
Steiermark	10	8	7	13	24
Wien	11	8	18	8	20
...in den letzten zwei bis drei Wochen					
Kärnten	18	20	21	16	15
Salzburg	18	16	13	30	27
Vorarlberg	18	13	14	30	16
Oberösterreich	12	7	9	18	27
Burgenland	11	6	10	17	-
Steiermark	16	11	16	31	13
Wien	18	18	19	16	20
...schon länger					
Kärnten	74	75	68	78	70
Salzburg	75	79	82	58	64
Vorarlberg	69	70	78	56	60
Oberösterreich	81	88	86	70	58
Burgenland	85	91	87	76	-
Steiermark	74	80	76	56	63
Wien	70	75	63	75	58
Angaben in Prozent der GesamtwählerInnen bzw. der ParteiwählerInnen; jeweils n=1.000 bzw. in Wien n=2.000.					
Fragestellung: Wann haben Sie sich für diese Partei entschieden?					
*in Kärnten BZÖ					
**Fallzahl zu gering					
Quelle: ISA/SORA 2009/2010.					

In der Praxis betrifft die Entwicklung hin zu einer immer späteren Entscheidung auch die Parteien in Österreich unterschiedlich stark. WählerInnen von SPÖ und ÖVP legten sich 2009 und 2010 tendenziell wesentlich früher fest als UnterstützerInnen der FPÖ und der Grünen (siehe Abb. 2). Das erklärt sich zum Teil aus der Bedeutung der StammwählerInnen für die Großparteien (siehe Kapitel 3) und bedeutet gleichzeitig, dass die Kleinparteien ihre Stimmen weniger an sich gebunden haben. Darüber hinaus waren die Wahlkämpfe für sie offenbar wichtigere Phasen als für die Großparteien, die

ihrerseits gemessen am Entscheidungszeitpunkt jeweils nur vergleichsweise kleine Gruppen für sich mobilisieren konnten. Im Ansatz deckt sich das mit früheren Daten, etwa bei der Nationalratswahl 2002: Die SPÖ konnte knapp vor der Wahl nur wenige neue Personen von sich überzeugen, FPÖ und Grüne demgegenüber etwas stärker (Plasser/Ullram/Seeber, 2003, S. 112 f).

Man kann die These aufstellen, dass der Kontext der jeweiligen Wahl ebenso eine Rolle für den Zeitpunkt der Wahlentscheidung spielt. Besonders kompetitive Auseinandersetzungen führen möglicherweise zu einem längeren Offenhalten der eigenen Optionen, während ein vermeintlich schon feststehender Ausgang die Entscheidung der Bevölkerung gleichsam erleichtert (vgl. Filzmaier/Perlot, 2008, S. 404).

Interessanterweise zeigen die Daten aus 2009 und 2010 allerdings keinen eindeutigen Hinweis auf einen derartigen Zusammenhang, im Gegenteil: Der Befund bezüglich der Wählerschaft der Parteien liegt unabhängig von den regionalen Stärkeverhältnissen vor, unabhängig von gegebenen absoluten Mehrheiten oder scheinbar knappen Auseinandersetzungen. Das deutet darauf hin, dass es einen grundsätzlichen Unterschied in der Zusammensetzung des Elektorats der traditionellen Parteien SPÖ und ÖVP und der neueren Parteien FPÖ und Grünen gibt (wobei diese Bezeichnung bei der FPÖ nur bedingt zulässig ist, weil die Gruppierung unter diesem Namen seit den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts existiert).

FPÖ und Grüne konnten in den Gruppen der *late-* und *latest-deciders* praktisch durchgehend überdurchschnittliche Werte erreichen, die teils bis zu 20 Prozentpunkte von den Durchschnittsdaten abwichen. Freilich muss man anmerken, dass der überwiegende Teil der Gesamtwählerschaft – meist zwischen 60 und 70 Prozent – sich schon länger festgelegt hatte, also *early deciders* waren. Bei SPÖ und ÖVP lagen diese Anteile jedoch fast ausnahmslos zwischen 70 und 80 Prozent, also signifikant höher.

Im Detail schwanken die Werte: So hatten sich drei Viertel der FPÖ-WählerInnen in Wien schon länger auf die Partei festgelegt, was im Widerspruch zum sehr intensiv geführten Wahlkampf steht. Bemerkenswert ist der Vergleich mit den Grünen, die nur knapp 60 Prozent vorab von sich überzeugen konnten. Beide Gruppierungen waren aber über ihre Oppositionsrolle und den Anspruch geeint, die absolute Mehrheit der SPÖ brechen zu wollen, beides Tatsachen, die schon lange vorab klar waren. Für Grün-WählerInnen war dennoch längere Zeit als für FPÖ-AnhängerInnen offen, ob sie ihrer Partei die Stimme geben sollten oder nicht.

Gemessen an der Nationalratswahl 2008 waren die Entscheidungszeitpunkte auf Landesebene aber wieder früher. Das entspricht der Tradition der österreichischen Bundesländer, die sich über die Jahrzehnte als sehr widerstandsfähig gegenüber politischer Veränderung und konstant in der Machtverteilung zwischen den Parteien gezeigt haben. So wechselte seit den 1970er Jahren in nur drei Bundesländern (Kärnten, Salzburg und Steiermark) die Spitzenposition, in

sechs Ländern inklusive Wien hält seit dem Ende des zweiten Weltkriegs dieselbe Partei die dortige Mehrheit.

3. Soziodemographische Besonderheiten im Wahlverhalten

Insbesondere das Geschlecht und das Alter sind zwei Indikatoren, die in der Analyse von Wahlen herangezogen werden. Die dahinter stehende Frage ist stets, ob sich das Wahlverhalten unterschiedlicher sozialer Gruppen – zwischen Männern und Frauen bzw. zwischen Jungen und Alten – wesentlich unterscheidet, was Rückschlüsse über die Attraktivität von Parteien, KandidatInnen und Programmen zulässt und ebenso Aussagen über das Profil der Wählerschaft erlaubt.

In Österreich konnten seit den 1980er Jahren eine Geschlechterkluft (*gender gap*) und eine Alterskluft (*generation gap*) bereits mehrfach gezeigt werden (u.a. Filzmaier/Hajek, 2007, S. 71, Plasser/Ullram/Seeber, 2007, S. 161-163, Filzmaier/Perlot, 2008, S. 399-401). Parteien werden demnach nicht von einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung gewählt, sondern finden unterschiedliche Unterstützung in unterschiedlichen Gruppen. Die Ursachen dafür sind verschieden und können mit dem situativen Angebot bei einer Wahl zusammenhängen als auch mit längerfristigen Faktoren.

Das altersbedingte Wahlverhalten steht unter anderem im Zusammenhang mit der Parteibindung. Ältere Personen weisen eine tendenziell größere Treue ihrer Partei gegenüber auf, wobei sich wie angesprochen die Stammwählerschaft reduziert. Diese Entwicklung des *dealignment* bezeichnet eine generelle Abnahme der Parteibindung, die sich in Österreich aus gesellschaftlicher Modernisierung und einem wirtschaftlichen Strukturwandel, einer Protestkultur und einem alternativen und neuen Parteienangebot erklärt und zu einer höheren Zahl von potentiellen WechselwählerInnen führt (Plasser/Ullram/Seeber, 2007, S. 168 f).

Das geschlechtsspezifische Wahlverhalten wird in Westeuropa generell als Ergebnis einer mehrstufigen Entwicklung gesehen (Norris, 1999). Es steht unter anderem in Zusammenhang mit einer formal steigenden Bildung unter Frauen und bewirkt eine größere Nähe dieser Gruppe zu „postmaterialistischen bzw. libertären Parteiformationen“ (Plasser/Ullram, 2000, S. 187). So lässt sich in Bezug auf den *gender gap* schließen, dass Männer tendenziell eher Mitte-rechts-Parteien wie ÖVP und vor allem FPÖ wählen, während Frauen eher zu Mitte-links-Parteien wie SPÖ und im Speziellen zu den Grünen neigen (Filzmaier/Perlot, 2008, S. 399). Dieser Trend findet sich international in unterschiedlichen Staaten, wobei eine singuläre Erklärung schwer auszumachen ist (Gidengil/Hennigar, 2005, S. 12).

Wird nun eine Partei besonders stark von Männern oder Frauen bzw. von jungen oder älteren Personen unterstützt, dann kann dies Rückwirkungen auf die inhaltliche Arbeit und die vertretenen Positionen haben. Eine grundlegende strategische Frage ist, ob man zur Stimmenmaximierung – die im Kern das Ziel jedes Wahlkampfes darstellt – eigene Stärken weiter auszubauen versucht oder sich bewusst anders orientiert. Was

davon leichter umzusetzen ist, kann man aufgrund der Abhängigkeit von der jeweiligen Wettbewerbssituation kaum generalisieren, grundsätzlich erscheint das Abgehen von bereits geschaffenen Stärken aber wesentlich riskanter.

Umgelegt auf Geschlecht oder Alter würde das bedeuten, dass man bei einer starken Verankerung in der älteren Generation vor der Wahl steht, diese weiter stark anzusprechen oder aber zu versuchen, junge Schichten für sich zu gewinnen. Das muss inhaltlich keine entweder-oder-Entscheidung sein, es ist durchaus denkbar, thematische Schnittmengen zu finden. Dennoch ist eine Festlegung zwangsweise notwendig, einerseits was die Ressourcen betrifft (etwa die Kanäle für Wahlwerbung aber auch die Auswahl von SpitzenkandidatInnen), andererseits was Botschaften und die Kommunikation angeht.

3.1 Wahlverhalten nach Geschlecht und Alter 2009/2010

Der Unterschied zwischen den Geschlechtern lässt sich in den Jahren 2009 und 2010 vor allem für Grüne und FPÖ in großer Klarheit nachweisen. In jeder einzelnen Wahl erzielte erstgenannte einen Überhang an Frauenstimmen, während die FPÖ mehr Stimmen von Männern erhielt (siehe Abb. 3). Die Konstanz des jeweiligen Geschlechterüberhanges ist insofern interessant, da dieser sich unabhängig der jeweiligen Region und damit vom aktuellen Wahlgeschehen nicht beeinflusst finden lässt. Er variiert allerdings im Ausmaß, was darauf hindeutet, dass situationsabhängige Faktoren ebenfalls eine Rolle spielen. Damit setzt sich ein Trend fort, der sich sowohl bei früheren bzw. vorangegangenen Landtagswahlen (Filzmaier/Hajek, 2005, S. 12 f.) als auch auf Bundesebene (Plasser/Ullram, 2000, S. 189) – hier bis zurück in die 80er Jahre – zeigen lässt.

Abbildung 3: Geschlechtsspezifisches Wahlverhalten 2009 bis 2010

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
Kärnten	-2	1	-3	1
Salzburg	15	-9	-6	2
Vorarlberg	-2	15	-15	3
Oberösterreich	-2	4	-12	8
Burgenland	16	-6	-12	1
Steiermark	-5	1	-4	6
Wien	9	0	-8	2

Angaben in *percentage-point-difference* (ppd). Negative Werte bedeuten, dass mehr Männer als Frauen die jeweilige Partei gewählt haben; jeweils n=1.000 bzw. in Wien n=2.000.

Fragestellung: Welche Partei haben Sie heute bei der Landtagswahl gewählt, bzw. werden Sie heute noch wählen?

Quelle: ISA/SORA 2009/2010.

Als Beobachtung lässt sich festhalten, dass der Geschlechterüberhang tendenziell mit dem Abschneiden der Parteien steigt und sinkt. Hat die FPÖ sehr stark gewonnen so war der Anteil der Männer tendenziell größer. Ebenso scheint bei den Grünen eine stärkere Unterstützung durch Frauen dazu zu führen, dass

die Partei im Ergebnis etwas besser liegt. Für eine Verallgemeinerung dieser These sind zu wenige Daten vorhanden, auch ist der Trend nicht durchgehend zu finden und die Definition eines besseren Abschneidens subjektiv. Dennoch ist es plausibel, dass das Potential beider Gruppierungen im jeweils überdurchschnittlich angesprochenen Geschlecht liegt. Gewinne und mögliche Verluste sind in erster Linie hier möglich.

Bei SPÖ und ÖVP finden sich unterschiedliche Ausprägungen des *gender gap*. Ein früher auffindbarer Frauenüberhang bei der SPÖ (Steininger, 2000, S. 161) ist nicht mehr eindeutig vorhanden, ebenso fehlt das klare Bekenntnis der Männer zur ÖVP. Im Kontext der einzelnen Wahlen zeigt sich dennoch ein Muster. Beide Parteien punkten unter Frauen vor allem in Ländern, in denen sie über viel Rückhalt verfügen. Im Burgenland, in Wien und in Salzburg war die Wählerschaft der SPÖ großteils weiblich. In allen drei Bundesländern stellte die Partei vor (und auch nach) der Wahl den Landeshauptmann bzw. die Landeshauptfrau.

In Vorarlberg und Oberösterreich – beides von der ÖVP dominierte Regionen – gewann diese Partei wiederum besonders unter Frauen ihre Stimmen. In den weiteren Bundesländern, in der Steiermark und in Kärnten, lässt sich diese Tendenz nicht nachvollziehen, beide nehmen aber eine Sonderstellung ein: In der Steiermark lagen SPÖ und ÖVP knapp beisammen, in Kärnten dominierte das BZÖ. Blendet man diese Spezifika aus dann lässt sich sagen, dass zumindest 2009 und 2010 die Amtsinhaberrolle eher Frauen als Männer mobilisieren konnte. Das Geschlecht der SpitzenkandidatInnen war dabei nebensächlich. Zwar trat mit Gabi Burgstaller in Salzburg eine Landeshauptfrau zur Wiederwahl an, eine größere Frauenunterstützung erhielten aber auch die Landeshauptmänner der restlichen SPÖ-geführten Bundesländer Burgenland und Wien.

Bei der Differenzierung nach Alter ist zunächst festzuhalten, dass die vorab festgelegten Kategorien – üblicherweise 16-29, 30-59 und 60 Jahre und älter – keine gleich großen Gruppen produzieren. Es gibt mehr ältere WählerInnen als junge, was teils der demographischen Entwicklung, teils den jeweils umfassten Jahren geschuldet ist. Überdurchschnittliche Ergebnisse in einem Alterssegment wirken sich daher unterschiedlich auf das Gesamtergebnis einer Partei aus.

Dennoch ist – ähnlich wie das Geschlecht – das Alter ein brauchbarer Indikator für die Kategorisierung von Parteien und deren Abschneiden in Wahlkämpfen. Erneut zeigen sich bei den Parteien stabile Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Stellt man die unter 30jährigen und die über 60jährigen gegenüber, dann können die SPÖ als alte, FPÖ und Grüne als klar junge Parteien gelten (siehe Abb. 4). Erneut zeigen sich Parallelen zu früheren Wahlen, wobei die Eindeutigkeit auf Länderebene punktuell zugenommen hat (Filzmaier/Hajek, S. 2005, S. 12 f.).

In allen Wahlen konnte die SPÖ bei älteren Personen deutlich mehr Stimmen – der Unterschied steigt teils bis auf über 30 Prozentpunkte – gewinnen als unter jüngeren Personen. Für

die FPÖ (mit Ausnahme Wiens) und die Grünen gilt der genau umgekehrte Befund. Die Wählerschaft der ÖVP war tendenziell ebenfalls älter, sie wurde aber in Oberösterreich und dem Burgenland mehr von jungen Menschen gewählt. Dieses unerwartete Ergebnis ist im Wechselspiel mit der großen Stärke der SPÖ beim älteren Wählersegment zu sehen.

Abbildung 4: Wahlverhalten nach Alter 2009 bis 2010

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
Kärnten	-1	-1	4	6
Salzburg	-11	-18	14	12
Vorarlberg	-1	-29	11	14
Oberösterreich	-35	5	18	13
Burgenland	-30	2	21	9
Steiermark	-16	-7	12	9
Wien	-7	-2	-4	15

Angaben in *percentage-point-difference (ppd)* zwischen den WählerInnen bis 30 und jenen über 60 Jahren. Negative Werte bedeuten, dass mehr ältere Personen die jeweilige Partei gewählt haben; jeweils n=1.000 bzw. in Wien n=2.000.
 Fragestellung: Welche Partei haben Sie heute bei der Landtagswahl gewählt, bzw. werden Sie heute noch wählen?
 Quelle: ISA/SORA 2009/2010.

Der detaillierte Ergebnisvergleich zwischen dem Abschneiden der Parteien in einzelnen Alterssegmenten und dem Gesamtergebnis unterstreicht die Zuschreibung der Attribute jung und alt zu den Gruppierungen teilweise drastisch. In Oberösterreich etwa erreichte die SPÖ bei unter 30jährigen nur rund 12 Prozent, während sie bei den über 60jährigen auf rund 47 Prozent kam. Im Burgenland lag sie bei jungen WählerInnen bei knapp 30 Prozent, bei älteren erreichte sie fast 60 Prozent.

Spiegelverkehrt das Bild bei der FPÖ: In Oberösterreich bei jungen noch bei 29 Prozent, sank die Partei bei älteren Menschen auf knapp 11 Prozent ab. Im Burgenland schwankte ihr Abschneiden in beiden Segmenten zwischen 23 und drei Prozent. Bemerkenswerter Weise durchbrach die Partei eine vergleichsweise schlechtere Positionierung bei älteren WählerInnen bei der abschließenden Gemeinderatswahl in Wien, bei der sie ihr bestes Bundesländerergebnis in den beiden untersuchten Jahren erzielen konnte. Dort lag sie in allen Altersgruppen gut, bei den WählerInnen über 60 Jahre aber sogar leicht über dem Durchschnitt.

Ein solcher Erfolg fehlt den Grünen noch. Sie waren 2009 und 2010 in der mengenmäßig wichtigen Gruppe der über 60jährigen praktisch nicht vorhanden und kamen regelmäßig nur auf niedrige einstellige Prozentwerte. Die Gruppe der 30 bis 59jährigen zeigt tendenziell am wenigsten Ausreißer, sie liegt bei allen Parteien im Großen und Ganzen nahe am Gesamtergebnis. Polarisierungen nach dem Alter der WählerInnen ergeben sich demnach vor allem bei Jungen und bei Älteren.

Die Klarheit der Kategorien Alter und Geschlecht erlaubt gute Vergleiche, die auf einer Vereinfachung der einzelnen Gruppen beruhen. Ob jemand jung oder alt ist bzw. Frau oder Mann ist nur ein Teil eines komplexeren Profils, welches bei

der Wahlentscheidung eine Rolle spielt. Alter ist mit dem beruflichen Status beispielsweise insofern verbunden, als junge WählerInnen großteils in Ausbildung stehen, Menschen jenseits der 60 Jahre aber bereits großteils im Ruhestand sind. Auch das Geschlecht ist eine Kategorie, hinter der weitere Variable wie Erwerbstätigkeit oder formale Bildung stehen (Plasser/Ullram, 2000, S. 188).

Eine genauere Differenzierung der einzelnen Variablen ist aber aufgrund der verfügbaren Fallzahlen nur in Ausnahmefällen möglich. Ältere Männer mit Hochschulabschluss oder junge arbeitslose Frauen machen schlicht zu wenige WählerInnen aus, als dass diese sinnvoll aus den vorliegenden Stichproben herausgerechnet werden können. Eine Möglichkeit zu einer weiteren Auswertung ist hingegen die Kombination von Alter und Geschlecht.

Für die untersuchten Jahre zeigt diese Aufschlüsselung einige zusätzliche Aspekte. Der geteilte *gender gap* bei der SPÖ weicht unter jungen WählerInnen einem relativ klaren Überhang an Frauenstimmen. Die Partei kann – wie die Grünen – junge Frauen offenbar besser ansprechen als junge Männer. Diese stimmten bei allen Wahlen vermehrt für die FPÖ. Hier wird die „eindirektionale Neuorientierung“ (Plasser/Ullram, 2000, S. 190) jüngerer männlicher Wähler in diese Richtung fortgesetzt, die auf Bundesebene bereits in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts zu beobachten war.

Überraschend erfolgreich schnitt auch die ÖVP unter älteren Frauen ab, mit Ausnahme von Salzburg und Vorarlberg erhielt sie hier durchwegs mehr Unterstützung als von Männern. Dieses Ergebnis kann daher rühren, dass die Grünen im gehobenen Alterssegment besonders schwach vertreten waren, was weniger Konkurrenz um Frauenstimmen für andere Parteien bedeutete.

3.2 Wahlverhalten nach Beruf

Ähnlich wie bei den Altersgruppen führt die Kategorisierung der WählerInnen nach dem Beruf (ArbeiterInnen, Angestellte, Selbständige, PensionistInnen) dazu, dass unterschiedlich große Segmente entstehen. Hier hat sich in den vergangenen Jahren zudem eine Verschiebung vollzogen. Stellten 1995 die ArbeiterInnen mit rund 1,3 Millionen Menschen noch die größte Teilgruppe, so wurden sie 2010 von den Angestellten mit über 2 Millionen Personen (zu 1,2 Millionen ArbeiterInnen) überholt. Selbständige machen in etwa 480.000 Menschen in Österreich aus, PensionistInnen sind rund 1,7 Millionen (Statistik Austria, 2011).

Dazu kommt, dass die statistische Definition nicht mit der subjektiven Einschätzung parallel gehen muss, Menschen sich im Beruf also anders zuordnen können als es internationale Vorgaben verlangen würden (ein Problem, das bei Alter und Geschlecht so nicht vorliegt). Dennoch lassen sich über die Berufszugehörigkeit die Parteiprofile weiter ergänzen, wobei auf die genannten vier Gruppen eingegangen wird – andere Tätigkeiten sind aufgrund ihrer Kleinheit nicht gesondert ausweisbar.

Die SPÖ galt lange Zeit als die Partei der ArbeiterInnen in Österreich und konnte in dieser Gruppe überdurchschnittlich viele Stimmen gewinnen. In den 90er Jahren wurde sie zunehmend von der FPÖ herausgefordert (Plasser/Ullrich, 2000, S. 182 f.), ein Zustand, der sich durch deren Krise zwischen 2002 und 2005 abschwächte und bei den damaligen Landtagswahlen zu einem vorläufigen Rücklauf dieser Wähler zur SPÖ führte (Filzmaier/Hajek, 2005, S. 16). Die ÖVP wurde und wird durch ihren wirtschaftspolitischen Anspruch verstärkt von Selbständigen gewählt.

2009 und 2010 teilten sich erneut SPÖ und FPÖ große Teile der ArbeiterInnenstimmen untereinander auf. Beide konnten in fast allen Bundesländern mehr Menschen dieser Berufsgruppe von sich überzeugen, wobei der Überhang zwischen einigen wenigen und teils rund 20 Prozentpunkte betrug (siehe Abb. 5). Vergleichsweise schwache SPÖ-Werte korrespondierten dabei mit starken FPÖ-Werten. Nach der Altersauswertung wenig überraschend war die SPÖ auch unter PensionistInnen stärker als bei anderen Erwerbstätigen. Die ÖVP und auch die Grünen lagen demgegenüber bei Angestellten besser, wobei die SPÖ hier punktuell ebenfalls überdurchschnittlich punktete. Unter Selbständigen war die ÖVP teils extrem stark, was sich in seiner Bedeutung aufgrund der oben erwähnten Kleinheit dieser Berufsgruppe relativiert. Die FPÖ konnte hier vereinzelt etwas mehr Stimmen gewinnen, doch ihr größtes Unterstützungspotential war die Arbeiterschaft.

Abbildung 5: Stimmenanteil der Parteien unter ArbeiterInnen 2009 bis 2010

	SPÖ	ÖVP	FPÖ*	Grüne
Kärnten	21	5	68	2
Salzburg	32	17	41	2
Vorarlberg	21	37	33	4
Oberösterreich	34	35	26	5
Burgenland	50	18	29	0
Steiermark	46	28	16	0
Wien	52	4	40	3

Angaben in Prozent, Rest auf 100 Prozent andere Parteien und Rundungsfehler; Markierung steht für ein überdurchschnittliches Ergebnis unter ArbeiterInnen im Vergleich zum Parteiergebnis; jeweils n=1.000 bzw. in Wien n=2.000.

Fragestellung: Welche Partei haben Sie heute bei der Landtagswahl gewählt, bzw. werden Sie heute noch wählen?

*Daten in Kärnten für das BZÖ, welches de facto der Nachfolger der dortigen Landespartei darstellte.

Quelle: ISA/SORA 2009/2010.

Ein tendenzielles Zusammenfallen von Verlusten und Gewinnen und der Stärke in einem bestimmten Berufsfeld lässt sich hier nicht erkennen. Die Kategorien sind allgemein und subsumieren teils sehr unterschiedliche Bereiche, was etwa das Beispiel der Grünen in Wien zeigt: Hier war die Partei unter Selbständigen überaus stark, was mit der Wirtschaftsstruktur – vor allem einem stark entwickelten Dienstleistungsbereich und moderner Firmen im Kommunikationsbereich – zu tun haben dürfte. In anderen Bundesländern konnte die Partei hingegen nicht punkten.

Das Beispiel der Auswertung nach Beruf zeigt nicht nur Stärken und Schwächen der Parteien, sondern auch die heikle Verschränkung unterschiedlicher Indikatoren. So sind beispielsweise mehr Frauen als Männer im Sektor der Angestellten berufstätig, die Arbeiterschaft ist hingegen überwiegend männlich. PensionistInnen sind großteils über 60 Jahre alt. Damit treffen jeweils zwei Variable – Geschlecht und Beruf bzw. Alter und Beruf – aufeinander, wobei aufgrund der Datenbasis allein nicht feststellbar ist, ob bzw. welche der beiden Variablen für die Parteipräferenz eine größere Rolle spielt und eine Kombination wahrscheinlich erscheint.

4. Wahlmotive und Themen

Bei allen Wahlen wurden die Wahlmotive der jeweiligen ParteianhängerInnen abgefragt, um Ursachen für das Stimmverhalten abzubilden. Eine methodische Einschränkung der Aussagekraft ist, dass aufgrund von zeitlichen Notwendigkeiten – Wahltagsbefragungen finden am Wahltag statt bzw. beginnen wenige Tage zuvor – eine an sich denkbare offene Fragestellung zur Erfassung unterschiedlicher Motive nicht durchführbar ist, da die Codierung zu lange dauern würde. Somit ist es möglich, dass wichtige Beweggründe für die Parteientscheidung nicht abgefragt werden und aufscheinen. Allerdings wird diese Einschränkung dadurch etwas abgeschwächt, dass die stützenden Aussagen teilweise auf Erfahrungswerten aus anderen, nicht in absoluter zeitlicher Nähe zu Wahlen durchgeführten, Studien beruhen. Zudem kann man der offenen Abfrage von Wahlmotiven auch die mögliche Rationalisierung der eigenen Entscheidung durch die Wähler als Argument entgegenhalten (Rahn/Krosnick/Breuning, 1994, S. 596).

Wahlentscheidungen basieren etwa im Sinne des Modells eines Kausalitätstrichters (Miller/Shanks, 1996, S. 192) auf lang- und kurzfristige Determinanten wie Wirtschafts- und Sozialstruktur oder Parteiidentifikation sowie etwa Themenslandschaften, retrospektive Beurteilungen und Kandidatenorientierung. Gerade in der Frage der Themen ist es entscheidend, inwieweit die WählerInnen den Parteien Kompetenz und Vertrauen entgegenbringen. Nicht zuletzt deshalb sind Wahlkämpfe auch ein Streit um die öffentliche Auseinandersetzung mit Themen, die einer Partei tendenziell eher nützen können respektive bei denen sie mehr Glaubwürdigkeit besitzt (Filzmaier, 2007, S. 31). Wie stark einzelne Punkte hingegen wirken hängt auch von der Situation der jeweiligen Partei und ihrer Wählerschaft ab.

Die Auswertung der Motive zeigt diese möglichen Unterschiede erneut am Gegenüber zwischen SPÖ und ÖVP auf der einen und FPÖ und Grünen auf der anderen Seite. Bei den Erstgenannten waren unter anderem das Traditionsmotiv (StammwählerInnen, siehe Abb. 6), die Vertretung der Interessen der WählerInnen und das Verteidigen bzw. das Brechen der absoluten Mehrheit der jeweils anderen Partei (in den Fällen, wo dies zumindest theoretisch eine Möglichkeit war) häufig genannte Motive, ebenso eine gute Regierungsarbeit. Eine angenommene Sozial- bzw. Wirtschaftskompetenz bei SPÖ und ÖVP spielte auch eine Rolle. Das wichtigste Motiv war

bei beiden aber die Verteidigung des jeweiligen Landeshauptmannsessels (siehe Kapitel 5).

Abbildung 6: Wahlmotiv StammwählerIn 2009 bis 2010

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne*
Kärnten	54	43	22	35
Salzburg	51	58	33	35
Vorarlberg	54	43	22	38
Oberösterreich	69	42	34	34
Burgenland	67	65	20	-
Steiermark	58	53	26	33
Wien	47	46	26	39

Angaben in Prozent der Parteiwähler, „trifft sehr zu“.
 Fragestellung: Treffen folgende Gründe für Ihre Entscheidung, [Partei X] zu wählen, sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Ich bin Stammwähler der [Partei X]
 * Fallzahl für die Grünen im Burgenland zu klein.
 Quelle: ISA/SORA 2009/2010.

Demgegenüber war die thematische Orientierung bei FPÖ- und Grün-WählerInnen höher. Zuwanderung bzw. Umweltthemen waren für diese jeweils sehr wichtig, quer zu den unterschiedlichen Wahlen und in einem höheren Ausmaß als die meistgenannten vergleichbaren Motive bei SPÖ und ÖVP. Das erklärt sich aus der thematischen Ausrichtung beider Gruppierungen, die sich stark auf diese beiden Bereiche fokussiert und andere Politikbereiche diesem Leitthema unterordnet.

Bei allen Parteien waren prospektive Wahlmotive – etwa die Aussage, die Partei könne das Bundesland in die richtige Richtung führen – nur mäßig wichtig. Bemerkenswert ist, dass zudem keine WählerInnen besonders große Hoffnungen in ihre Partei für die Bewältigung von Arbeitslosigkeit setzten (siehe Abb. 7). Das Motiv, welches im Kontext der Wirtschaftskrise bei einigen Wahlen abgefragt wurde, landete durchwegs im hinteren Drittel der Ergebnisse und kann daher nicht als starkes Argument für eine Stimmabgabe gewertet werden.

Abbildung 7: Wahlmotiv beste Konzepte gegen Arbeitslosigkeit 2009 bis 2010

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne*
Vorarlberg	34	29	16	11
Oberösterreich	35	28	20	7
Burgenland	44	31	30	
Steiermark	39	20	15	16
Wien	32	20	16	10

Angaben in Prozent der Parteiwähler, „trifft sehr zu“. Motiv in Kärnten und Salzburg nicht abgefragt.
 Fragestellung: Treffen folgende Gründe für Ihre Entscheidung, [Partei X] zu wählen, sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? [Partei X] hat die besten Konzepte gegen die Arbeitslosigkeit
 * Fallzahl für die Grünen im Burgenland zu klein.
 Quelle: ISA/SORA 2009/2010.

Das ist insofern ein wichtiger Befund, da die Frage nach den für die Wahlentscheidung wichtigen Themen durchaus den

Bereich Arbeitsplätze als einen wesentlichen Teil des jeweiligen Wahlkampfes identifizierte. Verantwortlich dafür dürfte – neben der generellen Bedeutung des Arbeitsmarktes – die vor allem 2009 präsenste Wirtschaftskrise gewesen sein, die sich nicht unbedingt auf das reale Leben der WählerInnen auswirkte, aber möglicherweise zu einer sorgenvollen Stimmungslage in dieser Hinsicht beigetragen hat.

Trotz dieser festgestellten Wichtigkeit konnte sich offenbar keine Partei hier besonders profilieren und ein überzeugendes Konzept vorlegen. Das ist insofern bemerkenswert, da es sich bei den Befragten jeweils um die deklarierten WählerInnen der jeweiligen Partei handelte, es also nicht um die Überzeugung von Personen mit möglichen anderen Präferenzen ging. Dieser mangelnde Glauben an Kompetenz kann als Ausdruck eines gesunkenen Vertrauens in die Problemlösungskompetenz der Politik generell gedeutet werden.

Ebenfalls wichtig war das Thema Bildung, das interessanterweise in den Wahlkämpfen nur eine geringe bis gar keine Rolle gespielt hat. Gleiches gilt für den Bereich Gesundheit, der den WählerInnen laut Befragungen sehr wichtig war, den die Parteien aber nicht als zentralen Teil ihrer Wahlkämpfe positionierten.

Weitere Unterschiede sind ebenfalls erkennbar. War das Thema Soziales für SPÖ-WählerInnen besonders wichtig, so empfanden ÖVP-WählerInnen die Frage der Sicherheit als bedeutsamer. Auch FPÖ-AnhängerInnen positionierten sie an der Spitze ihrer Interessen, knapp gefolgt von der Zuwanderung, welche als Thema bei keiner der anderen Parteien eine vergleichbare Rolle spielte. Für die Grün-PräferentInnen waren ebenfalls Soziales und insbesondere Umwelt besonders wichtig.

Verglichen mit den Wahlmotiven zeigt sich damit, dass FPÖ und Grüne die thematischen Schwerpunkte ihrer Wählerschaft stärker treffen konnten als SPÖ und ÖVP. Interessant ist freilich auch, dass die Parteien (und auch die Medien) der Zuwanderung wesentlich mehr Bedeutung beigemessen haben als die WählerInnen. Eine Inhaltsanalyse der Berichterstattung in Printmedien vor der Landtagswahl in Wien hat dieses Thema als zweithäufigsten Inhalt – allerdings deutlich hinter Fragen des Wahlkampfes – identifiziert, Bildung und Gesundheit waren demgegenüber aber nur schwach vertreten (ISA, 2010). Man kann daher die These vertreten, dass es eine Kluft zwischen den Interessen der Bevölkerung und den wahlumkämpften Themen gab.

5. Personalisierung und die Rolle von AmtsinhaberInnen und HerausforderInnen

Personalisierung (oder auch „presidentialization“, vgl. Poguntke/Webb, 2005) im Wahlkampf hat sich in den letzten Jahren zu einer gängigen, wenn nicht sogar unverzichtbaren Strategie entwickelt. Personalisierung ist allerdings keineswegs eine neue Strategie. Politik und Politikvermittlung waren schon immer mit Personen verbunden, und politische Ideen wurden mit einzelnen PolitikerInnen identifiziert. Das heißt

auch, dass Personalisierung nicht notwendigerweise den Verzicht auf Sachthemen bedeuten muss (Holtz-Bacha, 2006, S. 13).

Die Konzentration des Wahlkampfes auf die Person des/der SpitzenkandidatIn, und nicht etwa auf das Programm war auch bei den letzten Landtagswahlen – nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund des in Österreich geltenden Listenwahlrechts – aktuell. Unter Personalisierung versteht man die Zuspitzung von Wahlentscheidungen, der politischen Auseinandersetzung (Wahlkampf-führung) und auch der medialen Berichterstattung auf Personen im Gegensatz zu Parteien oder Themen (siehe dazu u.a. Brettschneider, 2002). Sie ist ein Ergebnis einer Entwicklung hin zu einer Mediendemokratie und dem daraus folgenden notwendigen Fokus auf eine/n AkteurIn. Gleichzeitig spielt die kommunikative Logik dieser Tendenz in die Arme, da die Ausrichtung einer Kampagne auf eine Person als Sprachrohr einfacher und pointierter möglich ist als die Darstellung einer breiten Bewegung. Schließlich lassen sich Personen bzw. Gesichter (medial) besser verkaufen und in WählerInnenstimmen umwandeln, als Themen und komplizierte Programme, auch im Wechselspiel mit einer möglichen Abnahme von sozialen Bruchlinien und ideologischen Konflikten als Determinanten der Wahlentscheidung (Webb/Poguntke, 2005, S. 348 f.). Nicht zuletzt tut das politische Amt das seine dazu. BundeskanzlerIn oder Landeshauptleute werden zwar nicht direkt gewählt, sie sind aber zweifellos Symbolfiguren bzw. symbolische Ämter, um die sich die Auseinandersetzung einer Wahl dreht und die nach der Entscheidung auch im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen.

Landeshauptleute sind dabei mitunter noch stärker personalisiert. Angesichts der mittelbaren Bundesverwaltung – sie sind VollzieherInnen von Bundesgesetzen – und der mit dem Amt verbundenen Medienpräsenz kommt ihnen eine Rolle als Landesvater bzw. Landesmutter zu, die für das Wohl der Bevölkerung persönlich zuständig sind und die eine wichtige Funktion bei der Wahlentscheidung spielt und schon früher gespielt hat (Dachs, 1992, S. 625 f.; Plasser, 1980, S. 21 f.).

Wie angesprochen war tatsächlich die Verteidigung des Landeshauptmannsessels 2009 bzw. 2010 ein zentrales Wahlmotiv. In den jeweils aktuellen Fällen war es das wichtigste Motiv unter den WählerInnen von SPÖ und ÖVP (weder FPÖ noch Grüne stellten 2009 oder 2010 einen Landeshauptmann). Interessanterweise war die konträre Frage im Fall des Zweitplatzierten – die Partei solle in Zukunft den Landeshauptmann/-frau stellen – als Wahlmotiv weit weniger wichtig. Der/die AmtsinhaberIn und das Halten des Amtes waren damit überzeugender als die Möglichkeit, eine Person der eigenen Partei installieren zu können. Eine Entsprechung in den Daten findet sich jedoch im Motiv des/der SpitzenkandidatIn und der fiktiven Direktwahl des/der Landeshauptmannes/-frau (siehe Abb. 8 und Abb. 9). Die Partei des/der Amtsinhabers/In konnte jeweils deutlich stärker von der Person an der Listenspitze profitieren als die HerausfordererInnen.

Abbildung 8: Wahlmotiv SpitzenkandidatIn

	SPÖ	ÖVP	FPÖ*	Grüne**
Kärnten	29	37	37	33
Salzburg	69	32	29	27
Vorarlberg	30	68	30	30
Oberösterreich	30	67	26	26
Burgenland	58	35	32	-
Steiermark	46	27	27	14
Wien	37	24	38	22

Angaben in Prozent der jeweiligen ParteiwählerInnen, „trifft sehr zu“; die Markierung steht jeweils für den Amtsinhaber; jeweils n=1.000 bzw. in Wien n=2.000.
Fragestellung: Treffen folgende Gründe für Ihre Entscheidung, [Partei X] zu wählen, sehr, ziemlich, wenig oder gar nicht zu? Spitzenkandidat
*in Kärnten BZÖ
**Fallzahl im Burgenland zu gering
Quelle: ISA/SORA 2009/2010.

Abbildung 9: Direktwahl Landeshauptmann

	SPÖ	ÖVP	FPÖ*	Grüne
Kärnten	19	10	30	2
Salzburg	43	26	4	2
Vorarlberg	4	57	8	3
Oberösterreich	14	57	4	4
Burgenland	39	25	5	1
Steiermark	31	22	4	2
Wien	38	6	10	3

Angaben in Prozent, die Markierung steht jeweils für den Amtsinhaber; jeweils n=1.000 bzw. in Wien n=2.000.
Fragestellung: Wenn Sie den Landeshauptmann [in Wien: den Bürgermeister] direkt wählen könnten so wie etwa den Bundespräsidenten, wem würden Sie da Ihre Stimme geben?
*in Kärnten BZÖ
Quelle: ISA/SORA 2009/2010.

Zumindest eine mögliche Erklärung dafür ist ein gewisser Realismus in der Wählerschaft. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse, die bei der Überzahl der Wahlen so eindeutig waren, dass ein Führungswechsel von vorneherein praktisch ausgeschlossen werden konnte, kann man vermuten, dass der Wunsch nach einem eigenen Landeshauptmann als unrealistisch wahrgenommen wurde und daher keine entscheidende Rolle als Motiv gespielt hat.

Im Fall der Landeshauptleute kann man daher von einer Personalisierung der Wahlentscheidung sprechen. Relativierend muss man hinzufügen, dass bei einer Direktwahl weniger Personen für den/die KandidatIn ihrer Partei gestimmt hätten als für die Partei selbst. Besonders bei den Oppositionsparteien ist dies deutlich, wo die SpitzenkandidatInnen weit niedrigere Werte erreichten. Das bedeutet, dass die Partei und ihr Angebot insgesamt wichtiger waren als die Person an erster Stelle.

6. Wahlbeteiligung und WählerInnenmobilisierung als Faktor im Parteienwettbewerb

Die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen hat sich in keine eindeutige Richtung entwickelt. Teils ist sie praktisch gleich

geblieben (Oberösterreich), teils gesunken (Burgenland) und teils gestiegen (Vorarlberg, Wien). Mitverantwortlich dafür war die jeweilige Ausgangsbasis. In Vorarlberg und Wien war die Beteiligung bei der Wahl zuvor beispielsweise stark zurückgegangen, im Burgenland war sie mit über 80 Prozent sehr lange sehr hoch (siehe Abb. 10).

Abbildung 10: Entwicklung der Wahlbeteiligung 2009 und 2010

	Beteiligung	Veränderung
Kärnten	81,8	3,2
Salzburg	74,4	-2,9
Vorarlberg	68,4	7,8
Oberösterreich	80,4	1,8
Burgenland	70,8	-10,1
Steiermark	69,5	-6,7
Wien	67,6	6,8

Angaben in Prozent bzw. Prozentpunkt-Differenz der Veränderungen.
Quelle: Statistikabteilungen der jeweiligen Bundesländer.

Ein Zusammenhang zwischen der Offenheit des Ausgangs und der Höhe der Wahlbeteiligung – wie sie etwa mit Bezug auf Faktoren wie den Abstand zwischen Parteien bereits untersucht wurde (Franklin, 2004, S. 57) – hat sich in den beiden Jahren nicht gezeigt. Die Auseinandersetzung zwischen SPÖ und ÖVP in der Steiermark ging um nichts Geringeres als den Landeshauptmannsessel und verlief laut Umfragen sehr knapp, dennoch ging hier die Wahlbeteiligung zurück. In Vorarlberg war vorab klar, dass die ÖVP die Mehrheit behalten würde, dennoch gingen mehr Menschen zur Wahl. Hier lässt sich im Sinne der genannten internationalen Daten anführen, dass die Unsicherheit bzw. Sicherheit hinsichtlich der inhaltlichen Konsequenzen für die Schwankungen der Wahlbeteiligung verantwortlich sein könnte. In der Steiermark gilt für die Landesregierung das Proporzsystem, welches allen Parteien ab einer gewissen Stimmenanzahl einen Sitz zuspricht, eine weitere Zusammenarbeit der bereits amtierenden Gruppen war damit absehbar. In Vorarlberg ging es um die absolute Mehrheit der ÖVP und – im Falle von deren Abhandenkommen – um die Bildung einer möglichen Koalition. Zusammengefasst lässt sich argumentieren: „Turnout is not something about the way people approach elections but something about how elections appear to people“ (ebd., S. 215).

Selbst wenn man in Österreich – entsprechend dem internationalen Trend – generell von einer leicht sinkenden Wahlbeteiligung spricht, so zeigen die Daten, dass sich die Wahlbeteiligung immer noch auf einem hohen Niveau bewegt. Dennoch sind die NichtwählerInnen mit 20 und mehr Prozent eine wesentliche Gruppe auf dem Wählermarkt. Man kann zwar nicht damit rechnen, dass alle diese Personen für eine Teilnahme an einer Wahl wieder zu mobilisieren sind, vieles spricht dafür, dass es sich bei ihnen vielfach um habitualisierte NichtwählerInnen handelt (Filzmaier et al., 2008, S. 33). Dennoch stellen sie ein wichtiges Stimmenpotential dar.

Beim Betrachten der Wählerströme fällt auf, dass mobilisierte NichtwählerInnen – Personen, die bei der vergangenen Wahl nicht teilgenommen hatten – vor allem für FPÖ und Grüne wichtige UnterstützerInnen waren. Sie machten jeweils mehr als zehn Prozent, vereinzelt sogar fast die Hälfte der Stimmen aus (Ausnahme waren die Grünen im Burgenland). Die ÖVP konnte umgekehrt ihre Verluste an dieses Lager vergleichsweise konstant niedrig im einstelligen Prozentbereich halten. Bei der SPÖ variierten die Werte stark. Ein eindeutiges Muster in Verbindung mit Parteigewinnen und Verlusten, das die NichtwählerInnen zur wahlentscheidenden Gruppe 2009 und 2010 erklärt, lässt sich jedoch nicht finden.

Die Behalteraten sind ein anderer Wert, der sich aus Wählerstromanalysen ableiten lässt. Er drückt aus, wie viel Prozent der WählerInnen von der vorausgegangenen Wahl eine Partei halten konnte. Für die untersuchten Wahlen zeigen die Daten große Abweichungen je nach Partei und Bundesland (siehe Abb. 11). Am konstantesten ist noch die ÖVP mit Behalteraten von 75 Prozent und mehr (mit Ausnahme von Wien). SPÖ und FPÖ konnten vereinzelt mehr als drei Viertel der WählerInnen halten, sackten teilweise aber auch auf unter 60 und 50 Prozent ab. Die Grünen hatten durchwegs vergleichsweise niedrige Behalteraten.

Abbildung 11: Behalteraten 2009/2010

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	Grüne
Kärnten	67	80	81	44
Salzburg	64	75	71	52
Vorarlberg	48	89	63	56
Oberösterreich	66	93	67	63
Burgenland	82	83	55	50
Steiermark	75	79	47	53
Wien	73	66	76	59

Angaben in Prozent.
Quelle: Sora-Wählerstromanalysen im Auftrag des ORF.

Ein interessanter Aspekt der Behalteraten im vorliegenden Fall ist, dass ein niedriger Wert nicht mit einem schlechten Parteiergebnis korrespondieren muss. Die FPÖ überzeugte nur rund jede/n zweite/n ihrer WählerInnen von 2005 in der Steiermark und im Burgenland, 2010 wieder für sie zu stimmen. Dennoch konnte sie in beiden Bundesländern Stimmen gewinnen. Die SPÖ verlor trotz einer hohen Behalterate von über 80 Prozent im Burgenland hingegen Mandate.

7. Fazit

Die individuelle Wahlentscheidung fällt in Österreich – wie auch in anderen Ländern – seit Jahren immer später. Entsprechend hat sich dieser Trend, wenngleich der Entscheidungszeitpunkt auf Landesebene etwas früher fällt, auch bei den Wahlen 2009/10 fortgesetzt. Insofern wachsen die Herausforderungen für PolitikerInnen auch angesichts eines Elektorats, das zunehmend erst kurz vor dem Wahltermin eine Entscheidung trifft, womit zugleich die (potenzielle) Bedeutung des

Ereigniszeitraumes Wahlkampf für den tatsächlichen Wahlausgang weiter angestiegen ist.

Interessant in diesem Zusammenhang sind die Unterschiede zwischen den Parteien, die Probleme vor allem bei der SPÖ und der ÖVP aufzeigen: Während FPÖ und Grüne im Wahlkampf Stimmen gewinnen können, gelingt dies den beiden Großparteien weniger gut. Das heißt, dass sie zwar auf eine langfristig überzeugte Basis an Stimmen aufbauen können, aber auch, dass sie weniger Potential für kurzfristige Zugewinne haben und übermäßige Gewinne nur in speziellen Szenarien denkbar sind. Anders ausgedrückt: Wenn sie ihre AnhängerInnen nicht frühzeitig von der Stimmabgabe überzeugen, dann haben sie im Verlauf des Wahlkampfes weniger Chancen dazu. Es bedeutet auch, dass ihnen die Konfrontationen in der Wahlauseinandersetzung nicht so stark helfen können wie anderen Parteien, sondern ihre WählerInnen auf sie aus anderen, längerfristig determinierten Eigenschaften vertrauen. Erodieren dieses Vertrauen, wofür Stimmenentwicklung und *dealignment* grundsätzlich sprechen, drohen ihnen weitere Verluste.

Die Geschlechterkluft hat neben der erwartbaren Polarisierung zwischen FPÖ und Grünen einen tendenziellen Hang von Frauen zur Unterstützung von AmtsinhaberInnen gezeigt. Als Erklärungshypothese wäre denkbar, dass Frauen weniger stark als Männer für Veränderungen im Sinne einer Stärkung der Opposition ansprechbar sind und mehr auf Konstanz vertrauen. Das kann sich als möglicherweise gut einsetzbare Bremse für die Ambitionen von Herausforderer-Parteien erweisen, da die Bedrohung der eigenen Position und damit der Fortführung eines konstanten Kurses ein nahe liegendes und glaubwürdiges Argument aller AmtsinhaberInnen ist. Eine wirksame Personalisierung im Sinne der Zuspitzung auf eine Führungsfigur lässt sich auf Landesebene in Österreich daher nachvollziehen. Dieser entscheidenden Rolle des/der Landeshauptmannes/-frau kommt die sehr reduzierte regionale Medienlandschaft entgegen, da er/sie praktisch als einzige/r PolitikerIn auf Landesebene regelmäßig Chancen auf bundesweite Präsenz und entsprechende Aufmerksamkeit hat.

Die Differenzierung nach Alter hat mit wenigen Ausnahmen eine relativ stabile Zuordnung der Parteien zu unterschiedlichen Generationen gezeigt. Abgesehen davon, dass ein Überwinden von Altershürden für alle Gruppierungen wichtig ist, um den eigenen Stimmenanteil weiter auszubauen, stellt sich die Frage, inwieweit das ohne weiteres möglich ist. Anders ausgedrückt: Ist die Stärke einer Partei in einem Alterssegment ein sich selbst stabilisierender Zustand? Geht man davon aus, dass junge und ältere WählerInnen unterschiedliche Prioritäten in ihrem Leben haben, dann reduzieren sich ansprechbare Gemeinsamkeiten auf wenige Schnittmengen oder können sogar – wie etwa Diskussionen um die Finanzierung des Pensionssystems zeigen – durch entgegengesetzte Interessen abgelöst werden. Eine bewusste Öffnung einer Partei gegenüber einer neuen Altersgruppe würde dann bedeuten, dass sie gleichzeitig ihre vorhandene Unterstützung riskiert, was beim ungewissen Ausgang der Neuausrichtung hochriskant wäre.

Insofern scheint es durchaus plausibel, dass sich der *generation gap* in Zukunft weiter fortschreibt. Längerfristig interessant wird die Frage, inwieweit sich Parteipräferenzen jetzt junger WählerInnen mit dem Alter verschieben.

Im Berufsgruppenvergleich sind Angestellte bereits die zahlenmäßig wichtigste Gruppe, um die sich alle Parteien bemühen müssen. Sie ist gleichzeitig bei weitem zu heterogen, als dass sie von einer politischen Gruppe allein eingenommen werden kann, wobei formale Bildung und Qualifizierung als zusätzliche Variable eine wichtige Rolle einnehmen. Für die SPÖ ist das erneute Erstarren der FPÖ unter der Arbeiterschaft ein Problem, da sie hier bei einer eigenen Stärke angegriffen wird, für die Verteidigung der eigenen Position oder das Erschließen neuer Stimmenpotentiale aber keine offensichtlichen Ansatzpunkte vorliegen.

Aus Sicht der WählerInnen fällt auf, dass die Wahlmotive insgesamt eher retrospektiv waren und wenig zukunftsgerichtet. Es erscheint angesichts der Wahlkämpfe durchaus als naheliegend, dass es sich dabei vor allem um eine Reflektion der Bevölkerung auf die Auftritte der Kandidierenden handelt, die in diesem Fall die Chance auf eine eigenständige Positionierung verpasst haben. Zusammen mit dem geringen Vertrauen in die Lösungskompetenz der Parteien existiert hier ein Potential für antretende Parteien, dem freilich ein grundsätzliches Glaubwürdigkeitsproblem politischer AkteurInnen gegenübersteht.

Literatur

- Brettschneider, F. (2002). *Spitzenkandidaten und Wahlerfolg. Personalisierung, Kompetenz, Parteien. Ein internationaler Vergleich*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Brunmayr, E., & Filzmaier, P. (2008). *Nachwahlbefragung unter SchülerInnen zur Landtagswahl in Niederösterreich 2008. Unveröffentlichter Forschungsbericht im Auftrag des Landes Niederösterreich*. Krems.
- Dachs, H. (1992). Parteien und Wahlen in Österreichs Bundesländern – Eine Zusammenschau. In Dachs, H. (Hg.), *Parteien und Wahlen in Österreichs Bundesländern, 1945-1991* (S. 605–636). Wien/München: Verlag für Geschichte und Politik/Oldenburg.
- Dalton, R. J. (2000). The Decline of Party Identifications. In R. J. Dalton & M. P. Wattenberg (ed.), *Parties without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Democracies* (S. 19–36). Oxford: Oxford University Press.
- Filzmaier, P., & Hofinger, C., & Perlot, F., & Ptaszynska, A. (2008). Die Nationalratswahl 2008. In P. Filzmaier & P. Plaikner, & K. Duffek (Hg.), *Stichwort Wählen* (S. 13–38). Wien: Böhlau.
- Filzmaier, P., & Perlot, F. (2008). Im Schatten des Nationalrats? Die Spannung der Landtags- und Gemeinderatswahlen 2008. *SWS Rundschau* 4/2008, 391–412.
- Filzmaier, P. (2007). Rahmen und Grundregeln politischer Kommunikation. In P. Filzmaier & P. Plaikner, & K. Duffek (Hg.), *Mediendemokratie Österreich* (S. 13–35). Wien: Böhlau.
- Filzmaier, P., & Hajek, P. (2007). Die Nationalratswahl 2006: Ergebnisse und Wahlverhalten. In P. Filzmaier & P. Plaikner, & K. Duffek (Hg.), *Mediendemokratie Österreich* (S. 63–90). Wien: Böhlau.
- Filzmaier, P., & Hajek, P. (2005). Das österreichische Wahljahr 2004. *SWS-Rundschau* 1/2005, 6–36.
- Franklin, M. N. (2004). *Voter Turnout and the Dynamics of Electoral Competition in Established Democracies since 1945*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gidengil, E., & Hennigar M. (2005). *The Gender Gap in Support for the Radical Right in Western Europe*. Paper presented at the annual meeting

of the American Political Science Association, Washington DC. http://www.allacademic.com/meta/p_mla_apa_research_citation/0/4/1/4/5/pages41452/p41452-1.php, 10.6.2011.

Holtz-Bacha, C. (2006). Personalisiert und emotional: Strategien des modernen Wahlkampfes. *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 7/2006, 11–19.

ISA (Institut für Strategieanalysen) (2010). Inhaltsanalyse zur Wiener Gemeinderatswahl. http://www.strategieanalysen.at/index.php?id=bg/bg_aha_wien. 7.3.2011.

ISA (Institut für Strategieanalysen), & SORA (Institute for Social Research and Consulting) (2009/2010). ORF-Wahltagsbefragungen zu den Landtagswahlen in Kärnten, Salzburg, Vorarlberg, Oberösterreich, Burgenland, Steiermark und Wien 2009 und 2010. <http://www.strategieanalysen.at>. 7.3.2011.

ISA (Institut für Strategieanalysen), & SORA (Institute for Social Research and Consulting) (2008). ORF-Wahltagsbefragung zur Nationalratswahl 2008. Wien. http://www.strategieanalysen.at/index.php?id=bg/bg_nrw08. 7.3.2011.

Miller, W. E., & Shanks, M. J. (1996). *The New American Voter*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

Norris, Pippa (1999). Gender: A Gender-Generation Gap? In G. Evans (Hg.), *Critical Elections. British Parties and Voters in Long-Term Perspective* (S. 148–163). London: Sage.

Plasser, F., & Ulram, P., Seeber, G. (2007). Was WählerInnen bewegt: Parteien-, Themen- und Kandidatenorientierungen 2006. In F. Plasser, & P. Ulram (Hg.), *Wechselwahlen. Analyse zur Nationalratswahl 2006* (S. 155–194). Wien: WUV.

Plasser, F., & Seeber, G. (2007). Das österreichische Wahlverhalten im internationalen Vergleich. In Plasser, F., & Ulram, P. (Hg.), *Wechselwahlen. Analyse zur Nationalratswahl 2006* (S. 255–283). Wien: WUV.

Plasser, F., & Ulram, P., & Seeber, G. (2003). Erdrutschwahlen: Momentum, Motive und neue Muster im Wahlverhalten. In F. Plasser & P. Ulram (Hg.), *Wahlverhalten in Bewegung. Analysen zur Nationalratswahl 2002* (S. 97–157). Wien: WUV.

Plasser, F., & Ulram, P. (2000). Parteien ohne Stammwähler? Zerfall der Parteibindungen und Neuausrichtung des österreichischen Wahlverhaltens. In A. Pelinka, F. Plasser & W. Meixner (Hg.), *Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien* (S. 169–202). Wien: Signum Verlag.

Plasser, F. (1980). Zwischen Tradition und Modernität. Landtags-, Arbeiterkammer- und Personalvertretungswahlen 1977–79. In A. Khol & A. Stirnemann (Hg.), *Österreichisches Jahrbuch für Politik 1979* (S. 17–37). Wien: Böhlau.

Rahn, Wendy M., & Krosnick, Jon A., & Breuning, Marijke (1994). Rationalization and Derivation Processes in Survey Studies of Political Candidate Evaluation. *American Journal of Political Science* 3/1994, 582–600.

SORA (Institute for Social Research and Consulting) (2009/2010). Wählerstromanalysen zu den Landtagswahlen in Kärnten, Salzburg, Vorarlberg, Oberösterreich, Burgenland, Steiermark und Wien 2009 und 2010 im Auftrag des ORF. <http://www.sora.at>. 7.3.2011.

Statistik Austria (2011). Arbeitsmarkt. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/index.html. 7.3.2011.

Steininger, B. (2000). Feminisierung der Demokratie? Frauen und politische Partizipation. In A. Pelinka, F. Plasser & W. Meixner (Hg.), *Die Zukunft der österreichischen Demokratie. Trends, Prognosen und Szenarien* (S. 141–167). Wien: Signum.

Webb, P., & Poguntke, T. (2005). The Presidentialization of Contemporary Democratic Politics: Evidence, Causes, and Consequences. In T. Poguntke & P. Webb (ed.), *The Presidentialization of Politics. A Comparative Study of Modern Democracies* (S. 336–356). Oxford: Oxford University Press.



Univ.-Prof. Dr. Peter Filzmaier ist Professor für Politische Kommunikation an der Donau-Universität Krems und der Karl Franzens-Universität Graz sowie geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Strategieanalysen (ISA) in Wien. E-Mail: peter.filzmaier@donau-uni.ac.at



Dr. Flooh Perlot ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Strategieanalysen (ISA) in Wien. E-Mail: flooh.perlot@strategieanalysen.at



Dr. Maria Beyrl ist Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Strategieanalysen (ISA) in Wien. E-Mail: maria.beyrl@strategieanalysen.at

Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1990 bis 2010

Ergänzungsband

Von Michael F. Feldkamp

2011, 1.964 S., geb., 10,- €, ISBN 978-3-8329-6237-1

nomos-shop.de/13203

Alles Wissenswerte über die Geschichte, Zusammensetzung, Organisation und Arbeitsweise des Deutschen Parlamentes enthält das dreibändige Datenhandbuch, zu dem jetzt ein weiterer Ergänzungsband vorliegt. In Form von knappen

Darstellungen, tabellarischen Übersichten, Chroniken, Statistiken, Grafiken, Namenslisten und Literaturverzeichnissen präsentiert das Datenhandbuch Namen, Daten und Fakten in einmaliger Vollständigkeit.

Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter ► www.nomos-shop.de



Nomos